

Den gesellschaftlichen Wandel mitgestalten – Partizipationsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung

Referentinnen:

Anneke von Raggamby, Ecologic Institut Berlin

Kati Mattern, Umweltbundesamt, KomPass

Ariane Bischoff, Agenda21 Stadt Solingen

Moderation: Katrin Nolting, IZT gGmbH

Ein wesentliches Instrument in der Entwicklungsphase von Nachhaltigkeitsstrategien ist die Konsultation und Beteiligung wichtiger Stakeholder sowie der Öffentlichkeit. Ein gut durchdachter und umgesetzter Partizipationsprozess kann gleichermaßen dazu beitragen, die Verbindlichkeit der Strategien zu erhöhen. Anliegen des Workshops war es, Faktoren für erfolgreiche Partizipationsprozesse von Nachhaltigkeitsstrategien vorzustellen und anhand konkreter Beispiele auf nationalstaatlicher und kommunaler Ebene deren Relevanz zu diskutieren und Schnittstellen zwischen den Ebenen zu auszuloten.

Anneke von Raggamby stellte Ergebnisse eines Forschungsprojektes vor, bei dem Konsultationsprozesse zu NH-Strategien in EU-Staaten untersucht wurden.

Wesentliche Fragen bei der Gestaltung derartiger Prozesse beziehen sich auf Umfang, Grad, Zeitpunkt und Formen der Beteiligung. Die Gestaltung des Gesamtprozesses sollte sich – so ein Ergebnis des Projektes – nach dem angestrebten Umfang der Beteiligung richten. Bei einer sog. „vollständigen Beteiligung“ ist im Vergleich zu einer „eingeschränkten“ bzw. „stark eingeschränkten Beteiligung“ einerseits ein hoher Koordinierungs- und Kommunikationsaufwand notwendig, gleichzeitig wird jedoch ein hoher Mobilisierungsgrad erreicht. Der Grad der Beteiligung lässt sich differenzieren zwischen reiner „Information“ über „Konsultation“ bis zu zur „Gewährung von Miteinscheidungsrechten“. Letztlich spielt ebenso eine Rolle, ob ein Beteiligungsprozess zum Zeitpunkt der Erarbeitung einer Strategie, zu deren Umsetzung oder zu deren Evaluation durchgeführt werden soll.

Ein wesentliches Fazit des Forschungsprojektes ist, dass die Gesamtgestaltung des Beteiligungsprozesses, die Auswahl der Zielgruppen & Instrumente einander bedingen, ebenso wie Zeitpunkt & Gegenstand der Beteiligung. Diese Faktoren und Rahmenbedingungen gilt es im Zuge der Konzipierung eines partizipativen Prozesses zu reflektieren und den Prozess dementsprechend zu gestalten. Von besonderer Bedeutung für den Erfolg ist zudem die Kommunikation über den Prozess hinsichtlich Umfang, Grad und Zeitpunkt der Beteiligung. Diese Empfehlungen gelten gleichermaßen für die Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Auf der nationalstaatlichen Ebene überwiegen konsultative Beteiligungsprozesse, die sich auf die Umsetzung einer Strategie richten.

Kati Mattern vom Umweltbundesamt, Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung, stellte in ihrem Beitrag Eckpunkte der deutschen Klimaanpassungsstrategie (DAS) sowie des geplanten konsultativen Prozesses vor. Die Klimaanpassungsstrategie wurde unter Federführung des BMU erarbeitet und liegt seit Ende 2008 vor. Bis März 2011 soll auf partizipativer Basis, gemeinsam mit wesentlichen Stakeholdern, der dazugehörige Aktionsplan für die Umsetzung erarbeitet werden. Für diesen Partizipationsprozess sollen wesentliche Erfahrungen und Instrumente der Konsultationsprozesse zu den Fortschrittsberichten der deutschen NH-Strategie genutzt werden.

Ziel der Klimaanpassungsstrategie ist es, ein Bewusstsein dafür zu erzeugen, dass der Klimawandel nur begrenzt, aber nicht mehr aufgehalten werden kann. Für Deutschland werden diesbezüglich relevante Regionen und Aktionsfelder, wie Gesundheit, Regionalplanung, Verkehrsinfrastruktur, Küstenschutz etc. bestimmt, in denen Klimaanpassungsmaßnahmen notwendig sind und im Ansatz eine Reihe von möglichen Auswirkungen und Maßnahmen benannt. Für die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen dient der zu erarbeitende Aktionsplan. Die DAS fügt sich unter das Dach der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und steht so auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der nat. Biodiversitätsstrategie und der nat. Meeresstrategie.

Der Beteiligungsprozess zum Aktionsplan befindet sich derzeit in Vorbereitung. Geplant sind u.a. Regionalkonferenzen, Konferenzen zu Querschnittsthemen, wie Risikomanagement sowie eine Online-Konsultationsphase. Im Zuge des partizipativen Prozesses soll u.a. die Strategie bewertet, Beiträge zur Anpassung geliefert sowie Erwartungen an die Inhalte des Aktionsplans Anpassung geäußert werden. Ebenso werden Fragen zu den jeweils einzubindenden Akteursgruppen eine Rolle spielen. (Weitere Informationen: www.anpassung.net)

Ariane Bischoff von der Agenda-21-Geschäftsstelle der Stadt Solingen berichtete über den Partizipations- und Umsetzungsprozesse nachhaltiger Projekte und Strategien in der Stadt Solingen. Den aktuellen Hintergrund bildet die Neufassung des „Aktionsprogramm(s) Nachhaltige Entwicklung in Solingen“.

Der Agenda-21-Prozess in Solingen begann im Jahre 1997 mit einem Ratsbeschluss zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 und dem Beitritt der Stadt zur Charta von Aalborg. Seitdem konnten wichtige Strategien und Leitprojekte auf den Weg gebracht werden. So haben Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Mai 2003 in einem dialogorientierten Prozess einen Indikatoren gestützten Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt Solingen erstellt und in einem nächsten Schritt daraus entsprechende Handlungsbedarfe abgeleitet. Ebenso gab es einen breit angelegte Dialogprozess, den die Stadt im Frühjahr 2003 unter dem Titel „Zukunft. Solingen“ gestartet hat. Kern des Prozesses bildete die Frage, wie sich die Stadt in den nächsten Jahrzehnten entwickeln soll. Hierzu erfolgte u.a. eine repräsentative Befragung von über 1000 Solingerinnen und Solingern, deren Ergebnisse in die Erarbeitung von Zielstellungen für die zukünftige Entwicklung der Stadt Solingen eingeflossen sind. In Stadtteilversammlungen wurden diese weiter ergänzt bzw. spezifiziert. Die Ziele verabschiedete der Rat im Dezember 2003 einstimmig und beauftragte die Verwaltung mit deren Umsetzung, unter Berücksichtigung des strategischen Steuerungssystems KOMPASS.

Im Jahr 2004 hat der Rat der Stadt die Verwaltung beauftragt, einen Arbeits- und Beteiligungsprozess für die Erarbeitung eines Aktionsprogramms zu starten. Im Zentrum des ersten Aktionsprogramms 2006 stehen anschauliche Leitprojekte. Die Auswahl dieser konkreten Vorhaben erfolgte in einem umfassenden Abstimmungsprozess von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden, Einrichtungen, Unternehmen etc. und weiteren Bürgerinnen und Bürgern. Derzeit wird - ebenfalls in einem partizipativen Prozess mittels öffentlicher Aktionskonferenzen und Arbeitsgruppen- das Aktionsprogramm fortgeschrieben und neu ausgerichtet. (Weitere Informationen: <http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/html/463229C31B064DBDC12573A600463698?opendocument&nid1=81165>)

Für dieses Engagement wurde Solingen auf dem 3. Netzwerk21Kongress mit dem [Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche\(N\) 2009](#) in der Kategorie Kommunen ausgezeichnet.

In der anschließenden Diskussion wurde versucht, Partizipationsmöglichkeiten bei der Erarbeitung von NH-Strategien zwischen den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen auszuloten. Deutlich wurde, dass bislang eine Beteiligung in vertikaler Richtung unzureichend ist und Potenziale brachliegen. So gilt es bei der Erarbeitung nationaler Strategien und Aktionsprogramme stärker als bisher vorhandene Netzwerke und Beteiligungsinstrumente der Länder und z.T. auch der Kommunen zu nutzen. Seitens der Kommunen wird eher selten die Möglichkeit gesehen, direkten Einfluss auf die Erarbeitung der Länderstrategien zu nehmen bzw. vom Land Unterstützung für die kommunale Strategie zu erhalten. In der nationalen bzw. in den Länderstrategien wird es seitens der Kommunen als wichtig erachtet, das Leitbild der „Bürgerkommune“ sowie die Entwicklung einer „Partizipationskultur“ zu verankern.